

**Amtliche Bekanntmachungen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg
Nr. 20/2020
(27. Juli 2020)**

**Satzung über den Zugang und die Zulassung zu weiterbildenden
Masterstudiengängen**

vom 07. Mai 2018

**einschließlich der Zweiten Änderungssatzung
vom 27. Juli 2020**

Der Senat der Dualen Hochschule Baden-Württemberg hat aufgrund von § 59 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, Absatz 3 und § 31 Absatz 1, Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) in der Fassung vom 01. April 2014 (GBl. S. 99), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts vom 13. März 2018 (GBl. S. 85) geändert worden ist, in seiner Sitzung am 14. Juli 2020 die nachfolgende Satzung beschlossen, zuletzt vom Senat geändert in seiner Sitzung am 13. November 2018. Der Präsident der DHBW hat am 27. Juli 2020 seine Zustimmung erteilt und wurde zur vorliegenden Neubekanntmachung ermächtigt, die Änderungen bis einschließlich der Zweiten Satzung zur Änderung der Satzung über den Zugang und die Zulassung zu weiterbildenden Masterstudiengängen vom 27. Juli 2020 (Amtliche Bekanntmachungen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg 19/2020 vom 27. Juli 2020) enthält.

Inhaltsübersicht

Teil 1	Allgemeines	3
§ 1	Anwendungsbereich	3
§ 2	Studienkapazität und Studienbeginn.....	3
Teil 2	Zugangsvoraussetzungen und Immatrikulationsverfahren	3
§ 3	Allgemeine Zugangsvoraussetzungen	3
§ 4	Beratungsgespräch; Dualer Partner	4
§ 5	Sprachkenntnisse.....	4
§ 6	Studiengangspezifische Zugangsvoraussetzungen	5
§ 7	Antrag	5
§ 8	Beurlaubung	5
Teil 3	Zulassungsverfahren	6
§ 9	Rangliste	6
§ 10	Zulassungsbescheid; Nachrückverfahren	7
Teil 4	Studiengangspezifische Regelungen	8
§ 11	Masterstudiengänge „Governance Sozialer Arbeit (M.A.)“, „Sozialplanung (M.A.)“ und „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft (M.A.)“	8
§ 12	Masterstudiengang „Master in Business Management (M.A.)“	8
§ 13	Masterstudiengang „Steuern, Rechnungslegung, Prüfungswesen (M.A.)“	8
§ 14	Masterstudiengang „Wirtschaftsinformatik (M.Sc.)“	9
§ 15	Masterstudiengang „Advanced Practice in Healthcare (M.A. bzw. M.Sc.)“	9
§ 16	Masterstudiengang „Informatik (M.Sc.)“	10
§ 17	Masterstudiengang „Integrated Engineering (M.Eng.)“	10
§ 18	Masterstudiengang „Maschinenbau (M.Eng.)“	10
§ 19	Masterstudiengang „Elektrotechnik (M.Eng.)“	10
§ 20	Masterstudiengang „Wirtschaftsingenieurwesen (M.Sc.)“	10
Teil 5	Schlussbestimmungen	11
§ 21	Inkrafttreten.....	11

Teil 1 Allgemeines

§ 1 Anwendungsbereich

Diese Satzung regelt den Zugang zu weiterbildenden Masterstudiengängen sowie das Zulassungs- und Immatrikulationsverfahren für die weiterbildenden Masterstudiengänge der DHBW.

²Diese Satzung gilt nicht für die weiterbildenden Masterstudiengänge, die in Kooperationen mit anderen Hochschulen angeboten werden und bei denen die DHBW einen gemeinsamen Abschluss zusammen mit der anderen Hochschule verleiht.

§ 2 Studienkapazität und Studienbeginn

(1) Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze in den einzelnen Studiengängen und Studienrichtungen sowie in den Kontaktstudienmodulen werden pro Semester vom Senat festgesetzt und vor Ende des Bewerbungsschlusses in den amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule veröffentlicht.

(2) Der Bewerbungsschluss für die einzelnen Studiengänge und Studienrichtungen wird in geeigneter Weise veröffentlicht.

(3) Studienbeginn eines Masterstudiengangs ist in der Regel der 1. April und der 1. Oktober eines Jahres.

Teil 2 Zugangsvoraussetzungen und Immatrikulationsverfahren

§ 3 Allgemeine Zugangsvoraussetzungen

(1) Die Voraussetzungen zur Teilnahme an einem Masterstudiengang erfüllt, wer

1. einen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss erworben hat,
2. das Studium nach Nummer 1 mit einer Gesamtnote von in der Regel mindestens 2,5 oder mit den ECTS-Klassifikationen A oder B abgeschlossen hat oder zu den 50 Prozent besten Absolventinnen oder Absolventen ihrer oder seiner ECTS-Einstufungstabelle zählt,
3. über eine in der Regel mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung verfügt, die zeitlich nach dem Erwerb des Abschlusses nach Nummer 1 liegt und
4. in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis oder in einem Beamtenverhältnis steht, das einen fachlichen Bezug zum Masterstudium aufweist oder einer selbständigen Tätigkeit nachgeht, die einen fachlichen Bezug zum Masterstudium aufweist.

(2) Die Berufserfahrung nach Absatz 1 Nummer 3 muss inhaltlich wesentliche Bezüge zum beantragten Studiengang aufweisen.

(3) Studierende, die auf Grundlage des Abschlusses nach § 3 Absatz 1 Nr. 1 mit weniger als 210

ECTS-Leistungspunkten zum Masterstudium zugelassen werden, müssen weitere ECTS-Leistungspunkte nachweisen oder durch kostenpflichtige Module aus dem Masterangebot des DHBW CAS erbringen, so dass sie nach Abschluss des Masterstudiums über insgesamt 300 ECTS-Leistungspunkte verfügen. ²Sofern die fehlenden ECTS-Leistungspunkte durch Module aus dem Masterangebot des DHBW CAS erbracht werden, legt die Wissenschaftliche Leitung die zu absolvierenden Module auf Basis der vorgelegten Leistungsnachweise und Zeugnisse vor Studienbeginn fest, falls dies nicht bereits durch den Nachweis von Modulen erfolgt, die aufgrund von Absatz 4 zu absolvieren sind.

(4) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die ein Studium absolviert haben, welches nicht die in Teil 4 definierten inhaltlichen Voraussetzungen erfüllt, müssen die fehlenden Leistungen und Kompetenzen nachweisen oder durch kostenpflichtige Module aus dem Masterangebot des DHBW CAS erbringen. ²Sofern die nachzuweisenden Leistungen und Kompetenzen durch Module aus dem Masterangebot des DHBW CAS erbracht werden, legt die Wissenschaftliche Leitung die zu absolvierenden Module auf Basis der vorgelegten Leistungsnachweise und Zeugnisse vor Studienbeginn fest.

(5) Absatz 3 gilt nicht für den Studiengang „Steuern, Rechnungslegung, Prüfungswesen“.

§ 4 Beratungsgespräch; Dualer Partner

Das Studium kann nur aufnehmen, wer

- a) an einem Beratungsgespräch teilgenommen hat, das die Wissenschaftliche Leitung des Studiengangs oder eine von der Direktorin oder dem Direktor des DHBW CAS beauftragte Person, die in der Regel eine Professorin oder ein Professor der Hochschule ist, durchgeführt hat. ²Das Beratungsgespräch dient der Information und Beratung der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers über Inhalte, Aufbau und Anforderungen eines Masterstudiums sowie ggf. der Module nach § 3 Absätze 3 oder 4. ³Die Ergebnisse des Beratungsgesprächs werden dokumentiert und
- b) einen für den Fachbereich des Studiengangs zugelassenen Dualen Partner gemäß der Satzung für die Eignungsvoraussetzungen und das Zulassungsverfahren von Dualen Partnern für ein Masterstudium in der jeweils aktuell gültigen Fassung vorweisen kann.

§ 5 Sprachkenntnisse

(1) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn die erforderlichen Sprachkenntnisse für den jeweiligen Studiengang nicht nachgewiesen sind.

(2) Folgende Sprachzertifikate werden als Nachweis anerkannt:

- DSH Prüfung: Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber, mindestens DSH-2
- TestDaF: Gesamtpunktzahl aller Teilprüfungen von 16 Punkten, sofern kein Teilergebnis „unter 3“ lautet
- GDS: Großes Deutsches Sprachdiplom/Goethe-Zertifikat C2
- KDS: Kleines Deutsches Sprachdiplom

- ZOP: Zentrale Oberstufenprüfung
- Deutsches Sprachdiplom der KMK (2.Stufe)
- telc: „Deutsch C1 Hochschule“.

²Nicht ausreichend sind der Nachweis Goethe-Zertifikat C1 (alte Bezeichnung: zentrale Mittelstufenprüfung) oder ein abgeschlossenes Germanistikstudium im Heimatland.

§ 6 Studiengangsspezifische Zugangsvoraussetzungen

Weitere oder abweichende studiengangsspezifische Zugangsvoraussetzungen ergeben sich aus Teil 4.

§ 7 Antrag

(1) Die Bewerbung um einen Studienplatz in einem Masterstudiengang muss mit den in Absatz 2 genannten Unterlagen bis zum festgelegten Bewerbungsschluss bei der Hochschule eingegangen sein.

(2) Dem vollständig ausgefüllten Aufnahmeantrag sind beizufügen:

1. beglaubigte Kopien des Zeugnisses über den Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1, bei einem Bachelorabschluss zusätzlich das Diploma Supplement und das Transcript of Records; Zeugnissen, die nicht in deutscher oder englischer Sprache verfasst worden sind, müssen Übersetzungen beigefügt werden, wobei diese von einem in Deutschland öffentlich bestellten Urkundenübersetzer gefertigt worden sein müssen,
2. ein unterschriebener tabellarischer Lebenslauf, aus dem sich ergibt, dass die Bewerberin oder der Bewerber zum Studienbeginn voraussichtlich über eine mindestens einjährige Berufserfahrung nach § 3 Absatz 1 Nummer 3 verfügen wird,
3. eine vom Dualen Partner unterschriebene Erklärung über die Aufnahme des Masterstudiums (Kenntnisnahme),
4. gegebenenfalls der Nachweis über die erforderlichen Sprachkenntnisse nach § 5 und
5. gegebenenfalls weitere Nachweise, die sich aus Teil 4 ergeben.

(3) Die Hochschule kann von der Bewerberin oder vom Bewerber weitere Unterlagen zur Prüfung der Zugangsvoraussetzungen gemäß § 3 anfordern.

§ 8 Beurlaubung

(1) Auf ihren Antrag können Studierende aus wichtigem Grund nach § 61 Absatz 1 LHG von der Verpflichtung zu einem ordnungsgemäßen Studium befreit werden (Beurlaubung). ²Die Zeit der Beurlaubung soll in der Regel zwei Semester nicht übersteigen. ³Der wichtige Grund ist nachzuweisen.

(2) Beurlaubte Studierende nehmen an der Selbstverwaltung der Hochschule nicht teil. ²Sie sind

unbeschadet von Absatz 3 nicht berechtigt, Lehrveranstaltungen zu besuchen sowie Hochschuleinrichtungen, ausgenommen die Einrichtungen nach § 28 LHG, zu benutzen.

(3) Studierende können Schutzzeiten entsprechend §§ 3 Absatz 1, 6 Absatz 1 des Mutterschutzgesetzes und Elternzeit entsprechend § 15 Absätze 1 bis 3 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in Anspruch nehmen; hierfür sind sie auf Antrag zu beurlauben. ² Gleiches gilt für die Zeiten der Pflege im Sinne des § 4 des Pflegezeitgesetzes einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes, die oder der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14 und 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ist. ³ Nach den Sätzen 1 und 2 beurlaubte Studierende sind berechtigt, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen, Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen und Hochschuleinrichtungen zu nutzen. ⁴ Zeiten nach den Sätzen 1 und 2 werden nicht auf die Beurlaubung nach Absatz 1 Satz 2 angerechnet.

(4) Der Antrag auf Beurlaubung ist vor Semesterbeginn, bei späterem Eintritt des wichtigen Grundes unverzüglich auf dem von der Hochschule vorgesehenen Formular zu stellen. ² Beurlaubungen für zurückliegende Semester sind ausgeschlossen. ³ Der Antrag auf Beurlaubung wird nur genehmigt, wenn dies mit der kooperierenden Einrichtung abgestimmt ist; die Studierenden haben gegenüber der Hochschule einen Nachweis darüber zu erbringen.

(5) Beurlaubte Studierende können nicht an Prüfungsleistungen teilnehmen, es sei denn, es handelt sich um Wiederholungsprüfungen oder um Prüfungsleistungen, die noch nicht abgeschlossen sind. ² § 61 Absatz 3 LHG bleibt unberührt.

Teil 3 Zulassungsverfahren

§ 9 Rangliste

(1) Übersteigt die Anzahl der Studienbewerberinnen und Studienbewerber die nach § 2 Absatz 1 festgelegte Studienkapazität, so erfolgt die Auswahl im Rahmen eines Zulassungsverfahrens nach den nachfolgenden Regelungen.

(2) Zur Auswahl der Studienbewerberinnen und Studienbewerber wird eine Rangliste gebildet, wobei jeder Studienbewerberin und jedem Studienbewerber ein Gesamtpunktwert nach nachfolgender Tabelle zugeordnet wird; die nach den Nummern 1 und 2 der Tabelle ermittelten Punkte werden zu einem Gesamtpunktwert addiert:

1. Punkte aufgrund des Abschlusses nach § 3 Absatz 1 Nummer 1		
Abschlussnote	Bis 1,3	60 Punkte
	1,4	55 Punkte
	1,5	50 Punkte
	1,6	45 Punkte
	1,7	40 Punkte
	1,8	35 Punkte
	1,9	30 Punkte
	2,0	25 Punkte
	2,1	20 Punkte
	2,2	15 Punkte
	2,3	10 Punkte
	2,4	5 Punkte
	Ab 2,5	0 Punkte
2. Punkte aufgrund der Dauer qualifizierter Berufserfahrung		
Dauer qualifizierter Berufserfahrung	<p>Für jeden Monat qualifizierter Berufserfahrung über die notwendige einschlägige Berufserfahrung hinaus werden 0,5 Punkte vergeben, jedoch maximal 30 Punkte. ²Bei Berufserfahrung in Teilzeit wird bis zu einer Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche der Punktwert halbiert.</p> <p>³Die Dauer der Berufserfahrung ist auf den Termin der Immatrikulation zu berechnen.</p> <p>⁴Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber haben geeignete Nachweise zu erbringen.</p>	

§ 10 Zulassungsbescheid; Nachrückverfahren

(1) Im Zulassungsbescheid wird ein Termin bestimmt, bis zu dem die Studienbewerberin oder der Studienbewerber zu erklären hat, ob der Studienplatz angenommen wird. ²Liegt die Erklärung bis zu diesem Termin der Hochschule nicht vor oder lehnt die Hochschule eine Immatrikulation ab, weil die Voraussetzungen dazu nicht vorliegen, wird der Zulassungsbescheid unwirksam.

(2) Die sich aus Absatz 1 ergebenden noch verfügbaren Studienplätze werden im Nachrückverfahren vergeben; dabei gilt § 9 entsprechend.

(3) Sofern nach Abschluss des Nachrückverfahrens noch Studienplätze zur Verfügung stehen, werden auch Bewerbungen berücksichtigt, die nach Bewerbungsschluss eingegangen sind. ²Die Plätze werden nach der Reihenfolge des Bewerbungseingangs vergeben. ³Für den Fall, dass mehrere Bewerbungen gleichzeitig eingehen, gilt § 9 entsprechend.

Teil 4 Studiengangsspezifische Regelungen

§ 11 Masterstudiengänge „Governance Sozialer Arbeit (M.A.)“, „Sozialplanung (M.A.)“ und „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft (M.A.)“

- (1) Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse der Sozialen Arbeit voraus, die mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.
- (2) Die Zulassungsvoraussetzung des § 3 Absatz 1 Nummer 3 kann ersetzt werden, indem nachgewiesen wird, dass die Studienbewerberin oder der Studienbewerber mindestens ein Jahr in leitender Position ehrenamtlich tätig gewesen ist.

§ 12 Masterstudiengang „Master in Business Management (M.A.)“

Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse der Betriebswirtschaftslehre voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

§ 13 Masterstudiengang „Steuern, Rechnungslegung, Prüfungswesen (M.A.)“

- (1) Der Masterstudiengang „Steuern, Rechnungslegung und Prüfungswesen“ (M.A.) bereitet zusätzlich auf das berufsspezifische Steuerberater- bzw. Wirtschaftsprüferexamen vor.
- (2) An dem Masterstudiengang kann nur teilnehmen, wer ein wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium oder ein Hochschulstudium mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung mit mindestens 180 ECTS-Leistungspunkten, ein Studium an einer Berufsakademie nach baden-württembergischem Modell oder ein rechtswissenschaftliches Hochschulstudium abgeschlossen hat. ²§ 3 Absatz 1 Nummer 2 findet keine Anwendung.
- (3) Während der gesamten Dauer des Studiums darf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit 22 Stunden pro Woche nicht überschreiten. ² Dies ist in der Erklärung nach § 7 Absatz 2 Nr. 3 festzulegen.
- (4) An dem Masterstudiengang kann nur teilnehmen, wer die Zugangsprüfung nach den Absätzen 5 bis 10 bestanden hat. ²Eine einmal bestandene Zugangsprüfung wird auch in künftigen Bewerbungsverfahren berücksichtigt.
- (5) Für die Durchführung der Zugangsprüfung ist die Wissenschaftliche Leitung des Studiengangs zuständig. ² Sie benennt die Prüferinnen oder Prüfer, die die Prüfungsaufgaben stellen und bewerten. ³ Dabei ist für jedes Prüfungsgebiet mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer zu bestellen. ⁴ Die Anmeldung zur Zugangsprüfung erfolgt im Rahmen des Beratungsgesprächs nach § 4 unter Verwendung eines Formblattes, das von der Hochschule zur Verfügung gestellt wird. ⁵ Hinsichtlich Rücktritt, Versäumnis, Täuschung und Ordnungsverstößen gelten die Regelungen der „Studien- und Prüfungsordnung für die Masterstudiengänge der Dualen Hochschule Baden-Württemberg“ entsprechend.

- (6) An der Zugangsprüfung kann teilnehmen, wer die Zugangs- und Immatrikulationsvoraussetzungen entsprechend dieser Satzung erfüllt.
- (7) Die Zugangsprüfung besteht aus zwei jeweils dreistündigen Klausuren, die in Anwendung des § 4 der „Verordnung über die Voraussetzungen der Anerkennung von Studiengängen nach § 8a der Wirtschaftsprüferordnung und über die Anrechnung von Prüfungsleistungen aus Studiengängen nach § 13b der Wirtschaftsprüferordnung“ Themen aus den Gebieten Prüfungswesen, Bilanzierung, Steuerlehre, angewandte Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre sowie Wirtschaftsprivatrecht enthalten.
- (8) Für die Bewertung der Klausuren gelten die Regelungen zur Bewertung von Prüfungsleistungen der „Studien- und Prüfungsordnung für die Masterstudiengänge der Dualen Hochschule Baden-Württemberg“ entsprechend.
- (9) Die Zugangsprüfung ist bestanden, wenn beide Klausuren mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind. ²Dabei sind die Teilklausuren aus den Gebieten Angewandte Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre sowie Wirtschaftsprivatrecht je einzeln mit mindestens der Note „ausreichend“ (4,0) zu bestehen.
- (10) Eine Klausur bzw. Teilklausur, die als Bestandteil der Zugangsprüfung nicht bestanden ist, kann je Bewerbungsverfahren innerhalb einer Frist von vier Wochen einmal wiederholt werden.
- (11) Übersteigt die Anzahl der Studienbewerberinnen und Studienbewerber, deren Zugangsprüfung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde, die Zahl der nach § 2 Absatz 1 festgelegten Studienkapazität, so werden die Studienplätze entsprechend den erzielten Noten der Zugangsprüfung vergeben. ² Bei Notengleichheit entscheidet das Los. § 9 und § 10 finden keine Anwendung.

§ 14 Masterstudiengang „Wirtschaftsinformatik (M.Sc.)“

- (1) Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich der Wirtschaftsinformatik voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.
- (2) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die entsprechende Vorkenntnisse nach Absatz 1 nicht nachweisen, müssen nach § 3 Absatz 4 aus Modulen des Masterangebots des DHBW CAS bis zu 25 ECTS-Leistungspunkte aus dem Bereich der Betriebswirtschaftslehre (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Rechnungswesen, Investition und Finanzierung, Personal und Organisation, Marketing) und/oder bis zu 25 ECTS-Leistungspunkte aus dem Bereich der Informatik (Grundlagen Datenbanken, Praktische Kommunikationstechnik, Grundlagen des Webengineering, Grundlagen des Software Engineering, Grundlagen des Programmierens) zusätzlich erbringen.

§ 15 Masterstudiengang „Advanced Practice in Healthcare (M.A. bzw. M.Sc.)“

Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im gesundheitsbezogenen Bereich voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

§ 16 Masterstudiengang „Informatik (M.Sc.)“

Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich der Angewandten Informatik, Informationstechnik oder Wirtschaftsinformatik voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

§ 17 Masterstudiengang „Integrated Engineering (M.Eng.)“

(1) Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich einer Ingenieurwissenschaft (z.B. Maschinenbau, Elektrotechnik, Mechatronik oder Wirtschaftsingenieurwesen) oder der Informatik (z.B. Angewandte Informatik, Informationstechnik, Wirtschaftsinformatik) voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

(2) Die Studienbewerberin oder der Studienbewerber muss über eine mindestens zweijährige einschlägige Berufserfahrung verfügen, die zeitlich nach dem Erwerb des Abschlusses nach Nummer § 3 Absatz 1 Nummer 1 liegt.

§ 18 Masterstudiengang „Maschinenbau (M.Eng.)“

Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich des Maschinenbaus oder des Wirtschaftsingenieurwesens voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

§ 19 Masterstudiengang „Elektrotechnik (M.Eng.)“

Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich der Elektrotechnik oder Mechatronik voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

§ 20 Masterstudiengang „Wirtschaftsingenieurwesen (M.Sc.)“

(1) Der Zugang zum Studium setzt Kenntnisse im Bereich des Wirtschaftsingenieurwesens, der Wirtschaftswissenschaften, der Informatik oder einer Ingenieurwissenschaft voraus, die in der Regel mit dem Abschluss nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 erworben wurden.

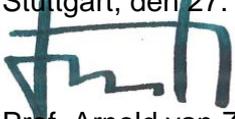
(2) Die Studienbewerberin oder der Studienbewerber muss über mindestens 15 ECTS-Leistungspunkte in relevanten betriebswirtschaftlichen Grundlagen und über mindestens 15 ECTS-Leistungspunkten in relevanten ingenieurwissenschaftlichen Grundlagen verfügen. ²Auf § 3 Absatz 4 wird verwiesen.

Teil 5 Schlussbestimmungen

§ 21 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den amtlichen Bekanntmachungen der DHBW in Kraft.

Stuttgart, den 27. Juli 2020



Prof. Arnold van Zyl

Präsident